



Deutsche Gesellschaft für Herpetologie und Terrarienkunde e.V.

nach Bundesnaturschutzgesetz anerkannter Verband

Mitglied WAZA – The World Association of Zoos and Aquariums
und EUFORA – European Forum for Reptiles and Amphibians

DGHT • Postfach 1421 • 53351 Rheinbach

Den Teilnehmern der Anhörung zur
50. Sitzung des Landtages des Saarlandes

1. Vorsitzender Dipl.-Ing. Ingo Pauler
2. Vorsitzender Dr. Axel Kwet
3. Vorsitzender Prof. Fritz Jürgen Obst
Schatzmeister Wolfgang Schmidt
Schriftleiter Wolfgang Bischoff
Tagungskoordinator Dr. Beat Akeret
Öffentlichkeitsarbeit Peter Buchert
Verbandssprecherin Silvia Macina
Leiter der Geschäftsstelle Dipl.-Biol. Andreas Mendt

Herausgeberin der Zeitschriften SALAMANDRA,
MERTENSIELLA, ELAPHE, DIE EIDECHSE, IGUANA,
RADIATA, AMPHIBIA, OPHIDIA und SEKRETÄR

Rheinbach, Juni 2008

Betr.: Stellungnahme zu dem Antrag von B90/Grüne Landtagsfraktion vom 14.02.2008 und der Forderung eines
Verbotes der Haltung „gefährlicher Tiere“

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir möchten uns Ihnen vorstellen: Die Deutsche Gesellschaft für Herpetologie und Terrarienkunde (DGHT e.V.) mit
Sitz in Rheinbach ist eine Gesellschaft zur Förderung der Herpetologie (Amphibien- und Reptilienkunde) und
Terrarienkunde, die im Jahre 1964 als Nachfolgeorganisation des seit 1918 bestehenden "Salamander" gegründet
wurde.

Unsere Mitglieder arbeiten in Wissenschaft und Forschung, im Rahmen von Haltung, Pflege und Zucht
(Terrarienkunde) und im Bereich des Natur- und Artenschutzes.
Inzwischen ist die Deutsche Gesellschaft für Herpetologie und Terrarienkunde mit rund 8000 Mitgliedern die
weltweit mit Abstand größte Gesellschaft ihrer Art.

Die DGHT vereinigt die Fachgebiete der Herpetologie und der Terrarienkunde unter einem Dach. Hierin liegt die
Besonderheit und Stärke unserer Gesellschaft. Die DGHT bietet sowohl dem Wissenschaftler, der sich beruflich mit
Amphibien oder Reptilien befasst, als auch dem Liebhaber, der mit viel Engagement und Freude Amphibien oder
Reptilien pflegt und züchtet, ein gemeinsames Forum für Information, Kommunikation und Publikation. Besonders
hervorzuheben ist, dass viele der für die Wissenschaft maßgeblichen Erkenntnisse von Terrarianern stammen, die
ihre Freizeit intensiv für die Beobachtung und Erhaltung ihrer Pfleglinge einsetzen. So teilen sich die Fachleute und
die Laien die Erfolge und lernen darüber hinaus voneinander. Die enge Zusammenarbeit mit den führenden
herpetologischen Abteilungen namhafter wissenschaftlicher Institutionen wie z.B. dem „Zoologisches
Forschungsinstitut und Museum Alexander Koenig“ in Bonn, „Senckenberg-Museum“ in Frankfurt/M., „Museum für
Tierkunde“ in Dresden, „Staatliches Museum für Naturkunde“ in Stuttgart, „Zoologische Staatssammlung München“
und auch dem „Museum für Naturkunde“ in Berlin spricht sicherlich für sich.

Mitglieder unserer Gesellschaft sind für Forschung und Lehre in Museen, Zoos, Universitäten, Schulen oder
Fachbehörden mit Fragen der Systematik, Biologie oder Ökologie von Amphibien und Reptilien sowohl im Labor als
auch im Freiland ("Feldherpetologie") befasst. Sie arbeiten im In- und Ausland an Projekten des Arten- und
Biotopschutzes zur Bestandssituation, Gefährdung und zum Schutz von Amphibien und Reptilien einschließlich
ihrer Lebensräume. Aufgrund ihrer Naturschutzarbeit ist die DGHT als sachverständige Organisation nach dem
Bundesnaturschutzgesetz anerkannt. Unsere Mitglieder arbeiten als Gutachter und Sachverständige bei Fragen
des Handels mit besonders geschützten Arten mit Vollzugs- und Fachbehörden des Bundes und der Länder
zusammen.

So bietet beispielsweise das „Serum-Depot Berlin e.V.“, eine Solidargemeinschaft verantwortungsbewusster Giftpflegler und DGHT-Mitglieder im Privatbereich sowie Universitäten und zoologischen Gärten, die einen privat finanzierten Antiserumbestand bevorraten, ein umfangreiches Regelwerk zum Umgang mit sogenannten gefährlichen Tieren bzw. einen Maßnahmenkatalog für Sicherheitsaspekte. Eine Mitgliedschaft im Serum-Depot Berlin e.V. umfasst den Erwerb sämtlicher Unterlagen und Absicherung mit Antiserum im Ernstfall. Wir stehen für die sachkundige und artgerechte Haltung von Amphibien und Reptilien und für sinnvolle Regelungen zur Haltung und Vermehrung.

Wir nehmen nachfolgend Stellung zu dem Antrag von B90/Grüne Landtagsfraktion vom 14.02.2008 und der Forderung eines Verbotes der Haltung „gefährlicher Tiere“:

I. – Erfasster Personenkreis

Unseres Erachtens sind sämtliche Halter von Tierarten, die dem Menschen gefährlich werden können (z.B. Reitpferde), gleich zu behandeln. Natürlich wird nicht außer Acht gelassen, dass der gewerbliche Halter von Tieren über eine Erlaubnis nach § 11 TierSchG verfügen muss. Unseres Erachtens reicht die Genehmigung zum Halten von Terrarientieren nach § 11 TierSchG jedoch noch nicht aus, um auch das notwendige Wissen über den Umgang mit und das Handling von gefährlichen Tieren zu haben; auch reicht sie nicht aus, um für den Fall eines Unfalls das benötigte Wissen zu haben, beispielsweise in Erster Hilfe.

Gewerbliche und nichtgewerbliche Tierhalter sollten daher in gleicher Weise behandelt werden. D.h., auch der Personenkreis, der mit gefährlichen Tieren handelt, sie zur Schau stellt, sie züchtet oder anderweitig gewerblich einsetzen will, muss insbesondere seine Sachkunde nachweisen sowie die Ausbruchs- und Zutritts-sichere Unterbringung der Tiere.

II. – „Gleiches Recht für alle“- Gleichheitsgebot

Unseres Erachtens ist kein Grund ersichtlich, warum nichtgewerbliche Tierhalter, die die notwendigen Voraussetzungen erfüllen, stärkere Einschränkungen erleiden sollen als gewerbliche Tierhalter. Dies erscheint uns als angreifbarer Verstoß gegen das grundgesetzliche und auch in verschiedenen Landesverfassungen verankerte Gleichheitsgebot. Es ist nicht ersichtlich, warum der nichtgewerbliche Halter ein geringeres bzw. weniger berechtigtes Interesse an der Tierhaltung haben sollte als der gewerbliche Halter. Allein mit der Berufsfreiheit lässt sich dies nicht begründen, denn auch dem nichtgewerblichen Halter stehen Grundrechte zur Seite, nämlich jedenfalls das Grundrecht auf Eigentum und dasjenige der allgemeinen Handlungsfreiheit. Bei ausreichenden Sicherheitsmaßnahmen sind auch die Grundrechte Dritter auf Leben und körperliche Unversehrtheit so weit geschützt, dass ein weitergehender Eingriff in die Rechte auch des nichtgewerblichen Tierhalters unverhältnismäßig ist (sonst müsste die entsprechende Tierhaltung generell untersagt werden). Einen Grund, die Sicherheitsvorkehrungen eines „Nichtgewerblichen“ niedriger zu bewerten als die eines „Gewerblichen“, ist nicht zu erkennen.

Daher ist auch dem nichtgewerblichen Tierhalter, der die Sicherheitsvoraussetzungen erfüllt, ohne weiteres eine Genehmigung zu erteilen. Der in diesem Zusammenhang immer wieder auftretende Begriff des „berechtigten Interesses“ ist wegzulassen, da ein derartig interpretationsfähiger Begriff einem von persönlichen Ansichten des Handelnden bestimmten Willkürhandeln Tür und Tor öffnet. Allein das Haltungsinteresse, dem immer auch ein Tierschutzinteresse und jedenfalls im Falle einer Vermehrungsabsicht auch ein Arteninteresse innewohnt, ist hier als ausreichend anzusehen über die Handlungs-, die Eigentumsfreiheit und sicherlich auch über das über Art. 20a GG geschützte Handeln im Sinne des Tierschutzes.

III. – Eigentumseinschränkung

Auch wenn die weitere Haltung eines vorhandenen „Altbestandes“ als genehmigungsfrei eingestuft wird – wie beispielsweise in der Regelung des hessischen § 43a HSOG -, so ist doch zu beachten, dass die Einschränkung der Haltung und auch die Einschränkung der „Nutzbarkeit“ des vorhandenen Eigentums durch ein Vermehrungsverbot jedenfalls eine Inhalts- und Schrankenbestimmung ist. An eine solche sind derart strenge Anforderungen zu stellen, dass zwar die Anforderungen an eine optimale Sicherheit sicherlich gestellt werden können, allerdings nicht, dass die Haltung bei deren Erfüllung noch von subjektiven Voraussetzungen abhängig gemacht werden darf.

IV. – Beschränkung auf sicherheitsrechtliche Aspekte

Natürlich müssen alle Tiere artgerecht gehalten werden. Das schreibt schon das Tierschutzgesetz – Bundesrecht! – vor. Immer wieder wird aber als Voraussetzung für die Erteilung einer polizeirechtlichen Genehmigung zum Halten gefährlicher Tiere verlangt, die Tiere art- und verhaltensgerecht unterzubringen, zu ernähren und zu pflegen. Einerseits ist dies eine Selbstverständlichkeit, deren Nichtbeachtung im Falle des Bekanntwerdens – beispielsweise anlässlich einer Kontrolle der Sicherheitsauflagen – jederzeit zu Ermahnungen oder erforderlichenfalls weitergehenden Maßnahmen führen kann. Wird aber andererseits eine solche Klausel in die landesrechtliche Regelung, die sich mit der Haltung gefährlicher Tiere befasst, aufgenommen, so läuft der Landesgesetzgeber unseres Erachtens Gefahr, sich dem Vorwurf der Überschreitung seiner gesetzgeberischen Kompetenz auszusetzen mit der Folge, dass im Extremfall die gesamte Regelung einer rechtlichen Überprüfung nicht standhält.

V. – Artenlisten

Artenlisten der Qualität, wie sie nicht nur, aber in jüngster Vergangenheit in Hessen und besonders in Berlin zu beobachten sind (vgl. hierzu die Anlagen), machen auch eine ansonsten sinnvolle Regelung zunichte. Zunächst ist es unseres Erachtens sinnvoll, die Artenliste so zu gestalten, dass sie aktueller wissenschaftlicher Erkenntnis leichter angepasst werden kann, als dies bei einem Eingriff in die Regelung selbst möglich ist. Des Weiteren müssen unbedingt Fachleute herangezogen werden, um Fehler, wie aus den Anlagen ersichtlich, zu vermeiden. Während die hessische Artenliste zwar einerseits ungefährliche Arten aufnimmt, andererseits Arten nicht aufnimmt, die durchaus gefährlich werden können, ist die Berliner Liste aufgrund ihrer zahlreichen, die zoologischen Nomenklaturregeln verletzenden Fehler in weiten Teilen schlicht nicht anwendbar.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass eine sinnvolle Regelung zur Eindämmung von Gefahren durch gefährliche Tiere in menschlicher Obhut durchaus auch aus Sicht der verantwortungsbewussten Tierhalter begrüßt wird. Das darf aber nicht dazu führen, dass die Haltung derartiger Tiere, die zu einem erheblichen Teil stark bedroht sind und daher auch durch die Haltung und Zucht in menschlicher Obhut bewahrt werden müssen, vollkommen ausgeschlossen wird. Vielmehr ist die Haltung dieser Tierarten auch dem nichtgewerblichen, verantwortungsvollen und sachkundigen Tierhalter bei Erfüllung der notwendigen Voraussetzungen zu gestatten.

Mit freundlichen Grüßen

Ingo Pauler
1. Vorsitzender
DGHT e.V.

Prof. Dr. Wolfgang Böhme
Leiter Abteilung Herpetologie
Museum Alexander Koenig

Dr. Markus Monzel
Geschäftsführer
Serum Depot Berlin e.V.

Silvia Macina
Verbandssprecherin
DGHT e.V.